Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 RM. Einzelne Nummern 15 Pf.
Schriftleitg. u. Geschäftsstelle Dresden-A. 1, Gr. Zwingerstr. 16. Ruf 14 574 u. 21 295.
Postscheck-Konto Dresden 2486 / Staatsbank-Konto 674.

Anzeigenpreise: 32 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile oder deren Raum 35 Pf., 66 mm breit im amtlichen Teile 70 Pf., Reklamezeile 1 RM.
Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellengesuche.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Ziehungsliste der Staatsschuldenverwaltung, Holzpflanzen-Verkaufsliste der Staatsforstverwaltung.

Verantwortlich für die Schriftleitung: J. V. Dr. Fritz Klauber in Dresden.

Nr. 60 | Dresden, Freitag, 11. März | 1932

Rechenschaftsbericht des Reichspräsidenten.

Berlin, 10. März.

Der Reichspräsident hielt heute abend über alle deutschen Sender folgende Ansprache an das deutsche Volk:

Deutsche Männer und Frauen!

Als vor sieben Jahren zum erstenmal die Frage an mich herantrat, mich für Deutschlands höchstes Amt zur Verfügung zu stellen, habe ich es absichtlich vermieden, vor parteimäßig aufgezogenen Versammlungen zu reden, und deshalb nur einmal im Rundfunk vor dem gesamten deutschen Volke gesprochen. Jetzt, wo mir zum zweitenmal die Präsidentschaft des Deutschen Reiches angetragen worden ist, wollte ich mich im Wahlkampf völlig zurückhalten. — Der Verlauf desselben nötigt mich aber, aus meiner Zurückhaltung herauszutreten und im Rundfunk zu dem gesamten deutschen Volke zu sprechen; denn Alle sollen es aus meinem Munde hören, warum ich die neue Kandidatur angenommen habe. Zugleich will ich durch diese Ansprache dartun, daß ich nicht gewillt bin, die in der letzten Zeit über mich verbreiteten Unwahrheiten unwidersprochen zu lassen. Eine politische Programmrede will ich also nicht halten, weil ich es nicht für nötig halte: Mein Leben und meine Lebensarbeit sagen Ihnen von meinem Streben und Wollen mehr, als es Worte tun können.

Wenn ich mich nach ernster Prüfung entschlossen habe, mich zu einer Wiederwahl zur Verfügung zu stellen, so habe ich es nur getan in dem Gefühl, damit eine vaterländische Pflicht zu erfüllen. Hätte ich mich versagt, so bestand die Gefahr daß bei der starken Parteizersplitterung, insbesondere der Uneinigkeit der Rechten, im zweiten Wahlgang entweder der Kandidat der radikalen Rechten oder ein solcher der radikalen Linken zum Präsidenten des Deutschen Reiches gewählt würde. Die Wahl eines Parteimannes, der Vertreter einer einseitigen und extremen politischen Anschauung sein und hierbei die Mehrheit des Deutschen Volkes gegen sich haben würde, hätte aber unser Vaterland in schwere nicht absehbare Erschütterungen versetzt. Das zu verhindern, gebot mir meine Pflicht. Ich war mir dabei wohl bewußt, daß diese meine Entschließung von einem Teil meiner alten Wähler, darunter leider manchem alten Kameraden, mißverstanden und ich deshalb angefeindet werden würde. Aber ich will lieber verkannt und persönlich angegriffen werden, als daß ich sehenden Auges unser Volk, das so viel Schweres in den letzten anderthalb Jahrzehnten getragen hat, in neue innere Kämpfe geraten lasse. Um Deutschland hiervor zu bewahren, um ihm eine Zeit der Ruhe zu geben, in der es die für unsere Zukunft so entscheidenden großen Fragen im Innern und nach außen lösen soll, würde ich mein Amt im Falle meiner Wiederwahl weiterführen.

Gewisse politische Kreise haben meinen Entschluß, wieder zu kandidieren, anders gedeutet. Auch sind Unrichtigkeiten, wenn nicht gar bewußte Lügen, über mich in Umlauf. Dagegen wende ich mich nun:

Es ist behauptet worden, ich hätte meine Kandidatur aus den Händen der Linken oder einer schwarzroten Koalition entgegengenommen. Das ist falsch. Die Kandidatur ist mir aus allen Schichten und allen Kreisen des Deutschen Volkes angetragen worden, sowohl von einem großen Teil meiner alten Wähler, als auch von solchen, die 1925 ihre Stimmen anderen Bewerbern gegeben haben. Die ersten Ersuchen an mich, wieder zu kandidieren, gingen von Gruppen der Rechten aus. Diesem Vorgehen schlossen sich andere Parteien und Verbände an. Ich selbst habe meine Zustimmung zu meiner Kandidatur erst dann gegeben, nachdem ich mich überzeugt hatte, daß — unbeschadet der Parteizugehörigkeit im einzelnen — in ganz Deutschland weite Schichten den Wunsch haben, daß ich weiter im Amte bleibe. Kandidat einer Partei oder einer Parteiengruppe zu sein, hätte ich abgelehnt, ebenso wie ich Bedingungen und Verpflichtungen zurückgewiesen habe. Aber auf überparteilicher Grundlage der Kandidat des deutschen Volkes zu sein und als solcher denen entgegenzutreten, die nur Kandidaten einer Partei sind, das hielt ich für meine vaterländische Pflicht. So werde ich, wenn ich nochmals gewählt werden sollte, nur Gott, meinem Gewissen und dem Vaterlande verpflichtet sein und als der Treuhänder des ganzen deutschen Volkes meines Amtes walten zu können.

Im Wahlkampfe sind aus meiner bisherigen Amtsführung persönliche Angriffe gegen mich gerichtet worden. Ich greife die schwerwiegendsten heraus; das Urteil über das mir zugefügte Unrecht überlasse ich jedem einzelnen:

In erster Linie wird mir die Unterzeichnung des Youngplans vorgehalten, durch die ich mich in einen offenen Gegensatz zu der sogenannten Nationalen Front gesetzt hätte. Die Unterschrift ist mir wahrlich nicht leicht geworden, aber ich habe sie gegeben in der Überzeugung, daß auch diese Etappe notwendig war, um zu unserer nationalen Freiheit zu gelangen, und ich glaube, ich habe recht gehandelt. Das Rheinland ist frei, die fremden Aufsichtsbehörden sind verschwunden, der Youngplan mit seinen Voraussetzungen ist durch die tatsächliche Entwicklung bereits überholt. Ich glaube nicht, daß wir bei allen Schwierigkeiten der außenpolitischen Lage heute so weit wären, wenn ich damals dem Rat, nicht zu unterschreiben, gefolgt wäre.

Ein weiterer Vorwurf, der in der Agitation gegen mich eine Rolle spielt, ist der, daß ich die Notverordnungen unterschrieben habe. Ich weiß wohl, daß ich durch ihren Erlaß dem Deutschen Volke schwere Lasten zugemutet und mich der persönlichen Kritik sehr ausgesetzt habe. Wir standen im letzten Sommer vor der Frage, ob wir durch politische Unterwerfung unter das Ausland uns finanzielle Erleichterungen erkaufen oder durch eigene Kraft und schwere Opfer uns als Nation selbst behaupten wollten. Ich habe nicht gezögert, mich für den letzteren Weg zu entscheiden. Da der eigentliche Gesetzgeber, der Reichstag, versagte und nicht imstande war, auf dem normalen Wege der Gesetzgebung die erforderlichen Maßnahmen zur Beseitigung unmittelbarer Gefahren für Wirtschaft, Staatsfinanzen und Währung zu treffen, mußte ich einspringen und im Rahmen der mir durch die Reichsverfassung gegebenen außerordentlichen Befugnisse selbst handeln. Ich habe hierbei an den guten alten militärischen Grundsatz gedacht, daß ein Fehlgreifen in der Wahl der Mittel nicht so schlimm ist als das Unterlassen jeglichen Handelns. Es ist durchaus begreiflich, daß über einzelne der getroffenen Maßnahmen Meinungsverschiedenheiten bestehen, und ich habe mich oft nur schweren Herzens zu einzelnen dieser Notverordnungen entschließen können. Ich selbst bin der Ansicht, daß manche der Maßnahmen, die in schwieriger, schwer übersehbarer Situation eiligst getroffen werden mußten, verbesserungsfähig sind. Ich glaube auch nicht, daß all die Belastungen, die sie enthalten, auf die Dauer aufrechterhalten werden können. Im Gegenteil hoffe ich, daß manche Bestimmungen bald aufgehoben oder durch andere Regelung ersetzt werden können. Keiner der Kritiker kann mir zum mindesten das Motiv heißester Vaterlandsliebe und stärksten Willens für Deutschlands Freiheit als Grundlage meines Wollens absprechen, und selbst die lautesten Rufer im Streit gegen das sogenannte „System" werden zugeben müssen, daß ich bei diesen schweren Entscheidungen, frei von jeder Bindung, aus eigenster persönlicher Verantwortung gehandelt habe.

Noch stehen wir mitten im Kampf. Die Entscheidungen auf dem Felde der Außenpolitik stehen noch bevor; wichtige Aufgaben im Innern, insbesondere die Linderung der furchtbaren Arbeitslosigkeit, harren der Lösung. Das große Ziel können wir aber nur erreichen, wenn wir uns zu einer wahren Volksgemeinschaft zusammenfinden. Ich kann nicht glauben, daß Deutschland in innerem Hader und im Bürgerkrieg versinken soll, wo es gilt, im Ringen um die Freiheit und Geltung der deutschen Nation zusammenzustehen. Ich erinnere an den Geist von 1914 und an die Frontgesinnung, die nach dem Manne fragte und nicht nach dem Stande oder der Partei. Wie einst im Kriege die Not des Vaterlandes alles Trennende aufhob und die Massen des Volkes — gleich, ob sie der Arbeiterschaft, dem Landvolk oder dem Bürgertum angehörten — in gleicher Weise hingebungsvoll ihre Pflicht getan haben, so gebe ich die Hoffnung nicht auf, daß Deutschland sich zu einer neuen Einigkeit im Gedanken an das Vaterland zusammenfindet.

Wer mich nicht wählen will, der unterlasse es. Ebenso werde ich aber niemanden zurückstoßen, der die Einheit des Deutschen Reiches in meiner Person finden will.

Die Verantwortung, die mich aushalten ließ im Kriege, bis ich das Heer in die Heimat zurückgeführt hatte, die Verantwortung, die mir als Reichspräsident alle die entscheidenden Entschlüsse abrang, diese Verantwortung vor meinem Gewissen zwingt mich, auch jetzt auszuharren und dem Deutschen Volke in Treue zu dienen.

Hierfür meine letzte Kraft herzugeben, habe ich mich erneut zur Verfügung gestellt. Das ist Sinn und Ziel meiner Kandidatur!

(Nach der Rede des Reichspräsidenten wurde das Deutschlandlied gespielt.)

•

Eine Erklärung des Reichspräsidenten.

Berlin, 11. März.

Auf verschiedene an ihn gerichtete Anfragen gibt der Reichspräsident folgende Erklärung ab:

Die Behauptung, daß ich die Absicht hätte, die Landtagswahlen in Preußen und anderen Ländern durch eine Notverordnung hinauszuschieben, ist eine dreiste Wahllüge. Als Hüter der Verfassung und als über den Kämpfen der Parteien stehendes Reichsoberhaupt ist es für mich eine selbstverständliche Pflicht, dafür Sorge zu tragen, daß die Wahlen zu den gesetzmäßigen Terminen stattfinden.

gez. v. Hindenburg.

Nächste Woche wieder Haushaltausschuß.

Berlin, 10. März.

In der nächsten Woche beginnen auch im Reichstage wieder umfangreiche Ausschußarbeiten. Am Dienstag nehmen der Strafrechtsausschuß und der Wohnungsausschuß ihre Arbeiten auf. Der Haushaltausschuß ist für Donnerstag einberufen worden. Die Tagesordnung des Haushaltausschusses ist außerordentlich umfangreich, so daß nach einer kurzen Unterbrechung wegen des Osterfestes der Ausschuß auch im April noch genügend zu tun haben wird. Zunächst stehen die noch unerledigten Anträge über die 3. Notverordnung zur Beratung. Es handelt sich dabei um sozialdemokratische Anträge über soziale Fragen und Anträge der Volkspartei und der Deutschnationalen über die Beamtenbesoldung. Dann sind zahlreiche Denkschriften des Rechnungshofes über Reichshaushaltrechnungen und Gutachten des Reichssparkommissars über die Prüfung des Reichsverkehrsministeriums und der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung zu erledigen. Darüber hinaus enthält die Tagesordnung die große Zahl der dem Ausschuß in der Februartagung des Reichstages überwiesenen Anträge der Parteien. Darin wird erneut die Aufhebung sämtlicher Notverordnungen verlangt. Weiter befassen sich diese Anträge mit den verschiedensten Fragen, wie Hilfsmaßnahmen für Hochwasser- und Unwetterschäden, Senkung der Umsatzsteuer, Aufhebung der Bürgersteuer, Kleinwinzerhilfe usw. Auch der sozialdemokratische Gesetzentwurf über Arbeitsbeschaffung und eine Goldprämienanleihe ist darunter.

An letzter Stelle steht auf der Tagesordnung eine vertrauliche Zusammenstellung des Finanzministers über die aus Haushaltmitteln des Reichs gewährten Darlehen.

Die Volks- und Hilfsschule im Schuljahr 1930 31.

Von Ministerialrat Dr. Weinhold.

III.

Schulbesuch.

Der Schulbesuch war nach den übereinstimmenden Berichten regelmäßig und pünktlich. Auch von Gegenden des Landes mit weitem Schulweg war zu berichten, daß oft trotz Regenwetter und schwerer Stürme in früher Morgenstunde selbst die Kleinsten vollzählig mit in der Schule versammelt waren, von denen manche von großen einsamen und weit abgelegenen Gehöften fast bei Nacht abmarschiert waren. Wo Versäumnisse noch in verhältnismäßig größerem Umfange aufgetreten sind, werden sie auf längeren Aufenthalt der Schulkinder in Erholungsstätten zurückgeführt. Über Urlaub für Erntearbeiten wird nicht geklagt. Er hält sich in bescheidenen Grenzen, ist stark zurückgegangen, tritt vereinzelt auf. Gewerbliche Kinderarbeit hat kaum auf den Schulbesuch eingewirkt. Nur wo die Hausindustrie noch stark geht, ist sie vereinzelt in der Unterrichtsarbeit zu spüren. Ungerechtfertigte Versäumnisse treten erfreulicherweise nur als Ausnahmen auf.

Schulzucht.

Die Schulzucht wird immer noch nicht einheitlich beurteilt. Nach ²/₃ der Berichte ist sie innerhalb der Unterrichtsstunden befriedigend, zufriedenstellend, im allgemeinen gut oder günstig, gut. Mehrfach werden davon die oberen Knabenklassen ausgenommen. Unzureichend, das brennende Problem nennt sie der Bezirksschulrat eines großstädtischen Aufsichtsbezirks mit mehr als 1500 Klassen.

Weit ungünstiger wird das Verhalten der Schulkinder außerhalb der Unterrichtsstunden von 21 Berichterstattern beurteilt. Nur zwei Bezirksschulräte bezeichnen dieses als gut, wenn auch Ausnahmefälle vorgekommen sind. Nach den übrigen Berichten gibt das Betragen der Schulkinder außerhalb des Unterrichts oft zu Tadel Anlaß, fehlt es insbesondere den Schülern der Oberklassen an Anstand. Sie zeigen oft respektloses, sogar freches Benehmen gegenüber Erwachsenen und Lehrern. Es wird über viel Unduldsamkeit unter den Kindern geklagt. In den Pausen, auf den Korridoren, auf den Schulhöfen und auf den Schulwegen hänseln, bespötteln sich die Kinder, fordern sie sich heraus, beschimpfen sie sich. Dadurch wird nicht nur das Verhältnis der Eltern zueinander und zur Schule und der Schüler zu den Lehrern häufig getrübt. Bei den Auseinandersetzungen darüber begegnen die Lehrer mehr als sonst unter den Schulkindern der Lüge, dem Ungehorsam oder sogar der Widersetzlichkeit. Über die Ursachen dieser Erscheinungen werden folgende Meinungen ausgesprochen:

Die Zuchtmittel der Schule reichen nicht aus. Die Umwelt der Kinder hat sich vielfach aus der Zucht überkommener Sitten gelöst, ohne daß an die Stelle der abgestreiften Bindungen neue getreten sind. Erwachsene, auch Lehrer, geben in politischen und weltanschaulichen Auseinandersetzungen ein schlechtes Beispiel. 14 Berichte finden den Grund in seiner großen politischen und weltanschaulichen Aktivität, die sich in Kindergruppen, in Veranstaltungen breit macht, die fast gleichmäßig neben Veranstaltungen der Schule herlaufen und doch ganz anders geartet sind, zum Teil vermutlich, spürbar, sogar nachweisbar der Aufgabe der Volksschule zuwiderlaufen. Auch im Verhalten der Lehrer selbst zur Schulzucht findet man Gründe. Lehrer einer Schule, bisweilen einer Klasse, werden leider nicht einig in Fragen der Schulzucht. Es gibt auch Lehrer, die den Weg zur Seele der Jugend nicht finden können, weil sie zu sehr auf äußere Autorität pochen. Andere wieder werfen die Autorität weg, ohne sie wieder finden zu können. Eine dritte Gruppe hängt an dem Irrtum, als seien Kinder und Jugendliche ohne jeden Zwang, ohne jede Strafe zu autonomen Menschen zu erziehen.

Soweit man auch den Gründen nachgeht und so treffend sie gezeichnet sind, so einig man sich in der Beurteilung der Unzulänglichkeit der Zuchtmittel der Schule nach § 33 des SchBedGes. ist, so wenig umfänglich und einheitlich und allgemein anwendbar sind die Änderungsvorschläge. Das gilt von der Arbeitsstunde, von dem Ausschluß der Kinder vom Unterricht auf Stunden und Tage, von Schulveranstaltungen und Schulwanderungen, von Versetzungen in Parallelklassen oder Umschulungen — auch von der körperlichen Züchtigung.

Zwölf Berichte nehmen diesmal zu der letzten wichtigen Frage Stellung. Vereinzelt glauben Lehrer, meint eine kleine Anzahl von ihnen, zum mindesten bei Knaben ohne körperliche Züchtigung nicht auskommen zu können. Durch ihre Zulassung könnte der Einfluß der Schule auf das Betragen der Kinder außerhalb der Schule gewinnen. Von Eltern und Lehrern, von vielen Eltern und vielen Lehrern wird sie als letztes Zuchtmittel für richtig gehalten. Ein Teil der Lehrer fordert sie unter gewissen Voraussetzungen, ein anderer schlechthin, ein weiterer Teil lehnt sie rundweg ab.

Die Spaltung der Auffassung kennzeichnen gut die Antworten aller Schulen eines Aufsichtsbezirks